V0640/26
öffentlich

Bündnis 90/Die Grünen, Taschenturmstr. 4, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Michael Kern

Datum 06.10.2026

Telefon (0841) 91 06 12
E-Mail fraktion@gruene-ingolstadt.de

Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Arbeit in den Bezirksausschüssen
-Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90(/DIE GRÜNEN vom 06.10.2026-

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die zwölf Bezirksausschüsse bilden die bürgernächste Ebene der kommunalpolitischen Arbeit in Ingolstadt. Ihre Sitzungen und Tagesordnungen sind öffentlich einsehbar; Bürgerinnen und Bürger können nachvollziehen, welche Themen in ihrem Stadtbezirk anstehen. Für die Beschlüsse und Ergebnisse dieser Beratungen fehlt bislang jedoch eine systematische und digitale Zugänglichkeit.
Während für den Stadtrat und seine Ausschüsse Niederschriften des öffentlichen Teils im Ratsinformationssystem bereitgestellt werden, beschränkt sich die digitale Information bei den Bezirksausschüssen im Wesentlichen auf die Tagesordnungen. Um die lokale Demokratie zu stärken und die Arbeit der Ehrenamtlichen in den Stadtbezirken sichtbar zu machen, sollte diese Informationslücke geschlossen werden.

Wir **beantragen:**

1. Der Stadtrat beschließt die Veröffentlichung der Beschlüsse aus den öffentlichen Sitzungen aller zwölf Bezirksausschüsse im Ratsinformationssystem der Stadt Ingolstadt.
2. Die Stadtverwaltung stellt den Bezirksausschüssen hierfür ein einheitliches, datenschutzkonformes Format für Beschlussübersichten (Tagesordnungspunkt, Beschlusswortlaut, Abstimmungsergebnis) zur Verfügung und übernimmt die Veröffentlichung im Ratsinformationssystem.
3. Die Stadtverwaltung prüft gemeinsam mit den BZA-Vorsitzenden, unter welchen organisatorischen und datenschutzrechtlichen Voraussetzungen künftig auch weitergehende Niederschriften des öffentlichen Sitzungsteils digital bereitgestellt werden können und berichtet dem Stadtrat.

Begründung:

Demokratische Beteiligung setzt voraus, dass Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können, wann ein Thema vor Ort beraten wurde, welche Anregungen formuliert wurden und wie entschieden worden ist. Das gilt in besonderem Maße für die Bezirksausschüsse, die sich

unmittelbar mit den Anliegen aus den Stadtvierteln und der Vergabe des Bürgerhaushalts befassen.
Bislang sind nach einer Sitzung weder Ergebnisse noch Beschlüsse digital einsehbar. Bürgerinnen und Bürger erfahren vielfach nicht, wie mit ihren Anträgen oder Anregungen verfahren wurde. Das schwächt die Außenwirkung der Ausschüsse und erschwert die Nachverfolgbarkeit ehrenamtlicher Kommunalpolitik.
Da Beratungen in den Bezirksausschüssen häufig konkrete Grundstücks- oder Nachbarschaftsbezüge berühren, verlangt eine Veröffentlichung vollständiger Protokolle eine sorgfältige datenschutzrechtliche Prüfung.
Eine standardisierte Beschlussübersicht löst diesen Zielkonflikt sofort: Sie macht die getroffenen Entscheidungen verlässlich öffentlich, vermeidet schutzwürdige personenbezogene Angaben und verursacht wenig Aufwand.
Die Bereitstellung im städtischen Ratsinformationssystem schafft gleiche Transparenzstandards für gesamtstädtische Gremien und Stadtbezirksebenen. Sie stärkt das Profil der Bezirksausschüsse und erleichtert den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zur Politik vor Ort.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Nathalie Argus

gez.
Barbara Leininger (Fraktionsvorsitzende)

gez.
Dr. Christoph Spaeth (Fraktionsvorsitzender)

gez.
Petra Kleine

gez.
Agnes Krumwiede

gez.
Maria Segerer